

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner-Post: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer: 25241.
Preis für Abnehmer: 20011.

Bezugs-Verträge sind in Dresden und Berlin bei posthalter Zuzugung (ein Sonn- und Montag ausgenommen) sowie bei einmöglicher Zustellung durch die Post (ohne Beleggeld) 4,20 M., monatlich 1,40 M. Bezugs-Verträge, die einmöglicher Zustellung durch die Post (ohne Beleggeld) 4,20 M., monatlich 1,40 M. Sonn- u. Feiertagen ein, 50% Zuzugung. — Klaus. Zeit. geg. Vorausbezahl. — (Belegl. 10 M.)

Schreibleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marie-Annen-Str. 38/40.
Druck u. Verlag von Siegfried & Reichardt in Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) möglich. — Unersuchtigte Schriftsätze werden nicht aufbewahrt.

Grundsätzliche Einigung mit der Ukraine.

Abweisung eines feindlichen Vorkohes nordöstlich Soissons. — Deutscher Luftangriff auf Dänkirchen. — Ostende unter feindlichem Feuer. — Ein neuer Sieg Clemenceaus. — Lloyd George über Friedensfragen. — Die Frachtraumnot des Verbandes.

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 20. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ostende wurde von See her beschossen. Heftige Artilleriekämpfe dauerten im Stellungsbogen nordöstlich von Ypern bis spät in die Nacht hinein an.

In beiden Seiten der Yser, am Va-Basse-Kanal, sowie zwischen Lens und St. Quentin hat die Gefechtsstätigkeit zugenommen. Mit besonderer Stärke lag ein heftiges Feuer tagsüber auf anderen Stellungen südlich von der Scarpe.

Die französische Artillerie war nur in wenigen Abschnitten lebhaft. Feuersteigerung trat zeitweilig im Waasgebiet, sowie nördlich und südlich vom Rhein-Marne-Kanal ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der

Macedonischen und Italienischen Front

Die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister:

Lubendorff.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 20. Jan., abends. (Amtlich. W. Z. B.)
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Oesterreichisch-ungarischer Kriegsbericht.

Wien, 20. Jan. (Amtlich wird veröffentlicht):
Keine Ereignisse von Belang.
(W. Z. B.) Der Chef des Generalstabs.

Grundsätzliche Einigung mit der Ukraine.

Brest-Litowsk, 20. Jan. Die bisherigen Verhandlungen, die zwischen den Delegationen der Mittelmächte einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits geführt worden sind, haben das Ergebnis gezeitigt, daß über die Grundlagen eines abzusprechenden Friedensvertrages eine Einigung erzielt worden ist. Mit Festhaltung der wesentlichen Grundzüge des Friedensvertrages sind die Verhandlungen an einem Punkte angelangt, der es den Delegationen zur Pflicht macht, mit den heimischen verantwortlichen Stellen in Fühlung zu treten.

Alle Delegationen sind darüber einig, daß die hierdurch notwendig werdende Ausfertigung der Verhandlungen so kurz als möglich bemessen sein soll. Sie haben sich daher aufgelöst, sofort nach Brest-Litowsk zurückzukehren, und sind entschlossen, sodann im Rahmen der ihnen erteilten Ermächtigungen den Friedensvertrag abzuschließen und zu unterzeichnen.

Hiermit ist es zum ersten Male in diesem die Welt erschütternden Kriege gelungen, die Grundlagen zur Herstellung des Friedensabkommens zu finden. (W. Z. B.)

So erfreulich diese Meldung an sich sein mag, so empfiehlt sich doch nach den Erfahrungen der letzten Wochen eine zurückhaltende Beurteilung; denn erstens wissen wir ja noch gar nicht, auf welche Bedingungen sich die Unterhändler der beiden Parteien geeinigt haben, und zweitens fehlt die Bestätigung der Abmachungen durch die maßgebenden Stellen. Im Gegensatz zu den Verhandlungen mit den Vertretern der russischen Maximalkisten-Regierung sind die Besprechungen mit den Unterhändlern der Ukraine ohne fortlaufende Veröffentlichung der Sitzungsberichte geführt worden. Nach den trübten Erfahrungen, die man mit der propagandistischen Ausnutzung der öffentlichen Verhandlungen durch die Bolschewiki gemacht hat, wird man diesen Umstand nicht zu bedauern haben, nur müssen wir erst einmal die Ergebnisse der Beratungen abwarten. Die russischen Vertreter, namentlich Trotzki, haben in Brest-Litowsk die großartigsten Brandreden über die angeblichen demokratischen Ideale „zum Fenster hinaus“ gehalten und einen doppelten Zweck damit erreicht: einmal haben sie dadurch die Verhandlungen beträchtlich verlangsamt, und zweitens haben sie für ihre ultra-radikalen Ideen lebhaftes Wirksamkeit entfaltet. Das waren die Gründe, die Trotzki bestimmten, immer wieder sein Stückenpferd „Selbstbestimmungsrecht“ in allen Gängen voranzutreiben. Ohne diese Selbstbestimmtheit, die einer demokratischen Hauptforderung entspricht, sind wir mit den Ukrainern schneller zu einem erreichbaren Ziel gekommen. Völlig entspricht das Ergebnis den Forderungen, die wir auf Grund unserer Hoffenserfolge zu stellen berechtigt sind!

Vor neuen Ereignissen in Petersburg?

Nach Petersburger Telegrammen herrscht dort zurzeit ungeheure Spannung und Aufregung wegen der Eröffnung der Verfassungsgebenden Versammlung. Die Regierung wagt die Bürger vor unruhigem Kulturnot auf

den Straßen, da Unruhen befürchtet werden. Es heißt, daß in den letzten Tagen zahlreiche verkleidete Offiziere in Petersburg eingetroffen seien, um bei einer Gegenrevolution mitzuwirken. Die Regierung hat umfassende Maßnahmen getroffen, um jede revolutionäre Bewegung sofort im Keime zu ersticken. Der heutige Tag (19. Januar) gilt als entscheidend für die politische Entwicklung Russlands in nächster Zeit.

Die Reorganisation der russischen Armee.

Das Stockholmer Etnische Bureau teilt dem Vertreter von Wolffs Telegramm-Bureau mit, der russische Oberbefehlshaber Gajdarich Krikenko habe durch Befehl die Bildung nationaler Truppenteile verboten. Dieses Verbot, das die Herstellung eines russischen Heeres alter Art bezweckt, geht auf die schlechten Erfahrungen des Maximalismus mit den nationalen Truppenteilen zurück. Die Zusammenfassung der ethnischen Truppen der verschiedenen Waffengattungen und der organisatorische Aufbau einer ethnischen Armee schreiten planmäßig fort. (W. Z. B.)

Ein Straßenkampf in Odessa.

Reuter erfährt aus Petersburg: Den Abendblättern zufolge ist in den Straßen von Odessa zwischen ukrainischen und maximalistischen Truppen eine richtige Schlacht entbrannt. Die Ukrainer halten das Theater und das Gebäude der Rada besetzt. Das Gewehrfeuer hat sich auf die ganze Stadt ausgebreitet. Ein Mitglied der Roten Garde wurde tödlich verwundet. Der Kreuzer „Sinope“ und andere Schiffe sind in die Seebe eingelaufen und haben das Feuer eröffnet. (W. Z. B.)

Belagerte Gefechtsstätigkeit im Westen.

Berlin, 20. Jan. In der Westfront hat sich die Artilleriestätigkeit an vielen Stellen erheblich gegen die Vortage gesteigert. Am 19. Januar nahm sie insbesondere an der englischen Westfront zu, wo sie mit starken Feuerüberfällen schwerer Kaliber bis in die späten Nachstunden andauerte und teilweise bis tief in das Hinterland schlug. Mit besonderer Heftigkeit lag das Feuer auf unseren Stellungen im Ypern-Dogau, beiderseits der Yser, am Va-Basse-Kanal, sowie zwischen Lens und Saint Quentin. Reges Flugbetriebe hielt bis zum Abend an diesen Fronten an. Dänkirchen wurde von uns mit beschüttem guten Erfolg mit Bomben belegt. Feindliche Patrouillen, die durch das verschlammte Gelände und das wassergefüllte Trichterfeld mühsam sich unserer Stellung zu nähern versuchten, wurden durch unser Feuer zurückgetrieben.

Nordöstlich Soissons brach nach kurzem Feuer eine starke feindliche Abteilung gegen unsere Vollen vor und mußte auch hier mit blutigen Kämpfen in ihre Ausgangsstellung zurückgeführt. Auch beiderseits der Waas nahm bei guter Sicht das Feuer zu, besonders in Gegend nördlich Samogneux. (W. Z. B.)

Ein neuer Sieg Clemenceaus.

Nach einer Mitteilung der Agence Havas erörterte die Kammer die Interpellation des Sozialisten Poncelet über die von der republikanischen „Action Française“ geschaffene Wohltätigkeitsvereins „Der Anteil des Arbeiter“, die nach Ansicht Poncelets gegen das Gesetz verstoße und das Ansehen der Republik herabsetze. Die Kammer nahm die von der Regierung gebilligte Tagesordnung Ballant an, in der es heißt: Die Kammer mißbilligt die Umtriebe der Sozialisten und andere aus den Vorkriegszeiten abzielenden Bestrebungen, die das Land vor dem Feinde unweinig zu machen suchen und drückt ihr Vertrauen zur Regierung aus, daß diese sie unterdrücken und die republikanischen Einrichtungen durch strenge Anwendung des Gesetzes schützen werde, und geht zur Tagesordnung über.

Der Teil der Tagesordnung, der der Regierung das Vertrauen aussprach, wurde mit 404 gegen eine Stimme angenommen. Darauf wurde die Sitzung aufgeschoben.

Die aus ausführlichen Berichten über die Kammer-Sitzung vom Freitag zu entnehmen ist, verließ diese von Anfang bis zu Ende unter ungeheurer Erregung. Von der ersten Interpellation Poncelets bis zuletzt kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Republikanern und Sozialisten. Nach Erklärungen Poncelets beschimpfte Pugliese-Conti die Sozialisten. Er wurde vom Präsidenten Deschanel zur Ordnung gewiesen, der erklärte, die Debatte könne so nicht weitergehen, durch die ewigen Szenen werde das Parlament in den Schmutz gezogen. Der Sozialist Blanc wurde wegen heftiger Ausfälle gegen Pugliese-Conti ebenfalls zur Ordnung gerufen. Nach Wiederherstellung der Ruhe ergriff Pugliese-Conti abermals das Wort, er gebrauchte aber sofort unparlamentarische Ausdrücke, die Deschanel veranlaßten, ihn mit Androhung des Ausschlusses von der parlamentarischen Debatte zurückschicken. Da Pugliese-Conti während seiner Angriffe gegen Vougelet hierauf nicht einging, entzog ihm der Kammerpräsident mit ungeheurer Mehrheit das Wort. Er hob die Sitzung auf und ordnete die Räumung der Tribünen an. Als Pugliese-Conti von der Rednertribüne unwillig herabstieg, kurzte sich der Sozialist Moveras an ihn. Eine große Anzahl Deputierte und Diener des Hauses versuchten, die Kämpfenden zu trennen. Es kam zu einem regellosen allgemeinen Handgemenge. Plötzlich schwang sich Pugliese-Conti auf das Rednerpult, zog einen Revolver hervor und schloß damit herum, indem er sich gegen die äußerste Linke wendete. Auf Zurufen seiner Kollegen rückte schließlich Pugliese-Conti die Waffe an. In den Tumult hinein

erlöste die Alarmglocke der Kammer. Die Räumung der Kammer, des Sitzungssaales, der Tribünen und der Wandelgänge konnte nur langsam erfolgen. Die Türen des Sitzungssaales wurden verriegelt und die Sitzung nach dreiviertelstündiger Unterbrechung wieder aufgenommen. (W. Z. B.)

Die Untersuchung gegen Caillaux.

Aus Paris wird gemeldet: Der Untersuchungsrichter verhöre Humbel und Percin in der Angelegenheit des „Bonnet Rouge“ und den Hauptaktionäre der Zeitung „Pans“, den Parfümfabrikanten Paul Wertheimer, über die finanziellen Grundlagen des „Pans“. Wertheimer erklärte, Caillaux habe für dieses Blatt nie Geld gegeben und mit dem Blatt überhaupt nichts zu tun gehabt. „Pans“ weist nochmals ausführlich darauf hin, daß Caillaux mit der finanziellen Gründung des Blattes niemals das Geringste zu tun gehabt habe, und auch niemals weder politisch noch anderweitig, zu ihm in Beziehungen gestanden habe. (W. Z. B.)

Lloyd George über Friedensfragen.

In der Beratung der Trades Unions wurden nach Beendigung der Rede Lloyd Georges Fragen gestellt und von ihm beantwortet. In Beantwortung einer Frage sagte Lloyd George: Die Deutschen waren immer bereit, zu dem von ihnen festgelegten Preis Frieden zu schließen, aber das ist nicht der Preis, den wir ihnen zu zahlen bereit sind. Wir waren früher bereit, ihn zu zahlen, und sind es auch jetzt nicht. Ich vertraue, daß dies die Meinung des Volkes dieses Landes ist. In dem Augenblick, wo die Deutschen Reklame zu Friedensverhandlungen unter billigen Bedingungen zeigen — die Bedingungen wurden mitgeteilt, es sind Bedingungen, welche die Arbeiterpartei selbst im wesentlichen angenommen hat — wird niemand widerständig in Friedensverhandlungen einzutreten. Ein Delegierter fragte, ob nicht der beste Weg, die Meinung des deutschen Volkes zu erfahren, wäre, zu ermitteln, daß Vertreter Deutschlands mit Vertretern anderer Mächte in Stockholm oder anderswo zusammenkommen. Lloyd George antwortete, die Vertreter des deutschen Volkes würden natürlich von der deutschen Regierung bestimmt werden. Man kann nur mit einer Regierung Frieden schließen. — In Beantwortung einer Frage betreffend eine internationale Arbeiterkonferenz sagte Lloyd George: Ich habe bereits die Einwände gegen eine solche Konferenz im Unterhause mitgeteilt. Nach langer, sorgfältiger und reiflicher Überlegung sind die verschiedenen Länder einmütig zu dem Schluß gekommen, daß alle Verhandlungen, die geführt würden, zwischen den Vertretern der Regierung jedes Landes geführt werden müßten. Das ist die Ansicht Wilsons, der die größte Demokratie der Welt vertritt, der französischen Demokratie, Italiens und unsere eigene Ansicht. In Hinblick auf die Frage, welche Bedingungen die notwendige Voraussetzung zu einer Friedenskonferenz bilden, antwortete Lloyd George: Meine eigene persönliche Ansicht ist, daß es nicht wünschenswert wäre, in Friedensverhandlungen einzutreten, bis man sieht, daß man sie mit befriedigendem Ergebnis beenden kann. Ich bin sehr überzeugt, nach der Haltung, die die Führer der deutschen Regierung einnehmen, daß es zu keinem Ergebnis führen würde, das irgendwie einer gerechten Verständigung ähnlich wäre, wenn man mit Friedensverhandlungen bestände. Man würde in diesem Falle die Lage verschlimmern, statt sie zu verbessern. (W. Z. B.) — Alle diese Nebenarten sind in nichtabsehender, daß sich jeder Zusatz und jede Entgegnung erübrigt.

Einberufung von 600 000 Mann in England.

„Daily Mail“ meldet: Das britische Kriegsamt verfaßt die Einberufung von 600 000 Mann für die Feldarmee, die bis zum 30. März durchgeführt sein soll. Die Ausführungsbestimmungen werden vom Ministerrat erlassen werden.

Der Ausbau des englischen Hilfsdienstes.

Daher bisher beantragte im Unterhause die zweite Lesung des Gesetzes über die nationale Registrierung und erklärte, diese Maßnahme bezwecke, das nationale Hilfsdienstgesetz zeitgemäß umzugestalten. Das ursprüngliche Gesetz habe die Eintragung derjenigen nicht vorgeesehen, die nach dem 5. August 1915 15 Jahre alt wurden. Man schätzt, daß heute 750 000 junge Leute zwischen 15 und 17 Jahren vorhanden seien. Es ist nicht beabsichtigt, junge Leute unter 19 Jahren an die Front zu schicken, aber sie seien unverzichtbar für industrielle Arbeiten nützlich. Es wird auch vorgeschlagen, die Angehörigen der Flotte und der militärischen Streitkräfte in die Listen einzutragen, welche, wenn auch zu weiterem Kampfe untauglich, doch für irgendwelche industrielle Beschäftigung fähig seien und eine solche wünschen. (W. Z. B.)

Der Verband und die italienischen Kriegsziele.

Der „Corriere della Sera“ meldet aus London, wobei England noch Amerika änderten ihre Stellungnahme zu den Kriegszielen Italiens. Lloyd George habe mehrfach zu Parlamentariern geäußert, er sei für jede Erfüllung berechtigter italienischer Ansprüche, aber er führe keinen Eroberungskrieg. Italien werde mit den Alliierten und dem Ausgang des Krieges zufrieden sein.

Die Frachtraumnot des Verbandes.

In seiner Weihnachtsbotschaft hat der englische Premierminister Lloyd George ausdrücklich betont, daß er sein Frachtraumprogramm nicht verwilligen könne, weil allein 25 Dampfer in Dienst gestellt hätten umzuwandeln,